

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 35 • 37. Jahrgang

Berlin, den 29. August 1931

Die Bedeutung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses

Am Montag, dem 31. August, wird im Saale des „Palmengartens“ in Frankfurt am Main der vierzehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands oder der Vierte Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Die größte Massenorganisation, der gewaltigste Block der Arbeiterbewegung, wird auf dieser Tagung seine Stimme erheben und der Wirtschaft und der Arbeiterschaft neue Wege weisen müssen. Seit jeher war der Gewerkschaftskongress ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung. Die gesamte Öffentlichkeit verfolgt den Verlauf dieser Tagung. Nicht zu Unrecht werden die Gewerkschaften bei allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen an erster Stelle genannt. Sind sie es doch, die infolge der Zusammenfassung von fünf Millionen tüchtigen Arbeitern und Arbeiterinnen einen namhaften Einfluß auszuüben in der Lage sind. Ohne die politische Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Partei, irgendwie herabwürdigen zu wollen, dürfte es doch wohl feststehen, daß die Gewerkschaftsmittglieder sich viel enger mit ihrer Organisation verbunden fühlen. Bei ihrem täglichen Kampf ums Leben steht ihnen die gewerkschaftliche Organisation mit ihrem gesamten Machtapparat helfend, beratend und schützend zur Seite. Aus all diesen Gründen blickt auch die Arbeiterschaft mit Vertrauen auf die Tagung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation.

Der diesjährige Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tritt in einer außerordentlich schwierigen Zeit zusammen. Die deutsche Wirtschaft durchlebt eine Krise wie wohl selten seit ihrem Bestehen. Gefährdet ist die gegenwärtige Situation durch eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit. Mitte August, wo sonst alle Räder der Wirtschaft sich in lebhaftem Gang befinden, sind bereits mehr als vier Millionen Arbeitslose vorhanden. Für den Winter hat selbst der deutsche Reichskanzler eine Arbeitslosenziffer von sechs bis sieben Millionen für möglich erachtet. In diesen Prophezeiungen zeigt sich ein Fatalismus, der selbst in bürgerlichen Kreisen Ablehnung findet. Der frühere Reichsfinanzminister Reimold schrieb in der „Völkischen Zeitung“ vom 23. August folgendes: „Der Kanzler hat mit der Ankündigung von sieben Millionen Erwerbslosen ein wenig glückliches Wort ausgesprochen: wenig glücklich vor allem deshalb, weil es die sicher mißverständliche Ausdeutung zuläßt, daß er mit einer fast fatalistischen Gelassenheit gewillt ist, den Dingen ihren Lauf zu lassen, statt mit aller Kraft in die Speichen der Räder zu greifen, die den deutschen Schicksalswagen in den Abgrund zu rollen drohen.“ Diesen Worten ist voll und ganz zuzustimmen. Dem Gewerkschaftskongress obliegt es, zu diesen Problemen von gewaltiger Tragweite Stellung zu nehmen. Dies wird geschehen in dem Bericht des Bundesvorsitzandes, den der Vorsitzende des Bundes, Kollege Leipart, erstattet. Die Tagesordnung steht ferner einem Vortrag des bekannten Genossen Professor Dr. Lederer über die Umwälzungen in der Wirtschaft und die vierzigstündige Woche vor. Diejenige Rede wird es vorbehalten sein, die Grundlagen der deutschen Wirtschaft zu untersuchen und festzustellen, ob der Fatalismus der Reichsregierung tatsächlich gerechtfertigt ist. Der Oberbürgermeister von Altona, Brauer, behandelt das Thema „Öffentliche und private Wirtschaft“, wo Gelegenheit gegeben sein wird, das gleiche Problem von einer anderen Seite her zu betrachten. Es ist also Gelegenheit gegeben, die Sorgen und Schmerzen der deutschen Arbeiterschaft zu untersuchen und Vorschläge für eine Besserung zu machen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben erkennen lassen, daß die freie individualistische Wirtschaft in dieser Form nicht mehr haltbar ist. Es müssen Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden, die solche Fälle wie den Zusammenbruch der Darmstädter- und Nationalbank, der Schröder-Bank usw. ausschließen. Die Gewerkschaften haben der Reichsregierung und den maßgebenden parlamentarischen Körperschaften einen Gehörtenwurf übermittelt, welcher geeignet erscheint, derartige Vorfälle für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Kontrolle der Banken, der Kartelle und der großen monopolistischen Industrieunternehmen, die die Gewerkschaften durch gesetzliche Vorschriften möglich machen wollen, gehört zu dem Gebot der Stunde. Die Ausnahme, die die Vorschläge der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit gefunden haben, zeigt bereits, wie dringendes Bedürfnis derartigen Maßnahmen innewohnt. Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses sieht eine Behandlung dieser Punkte nicht vor. Dennoch wird es sich nicht vermeiden lassen, hierauf in ausführlicher Weise einzugehen. Die Arbeiterschaft wartet darauf, daß das Parlament der Arbeit zu der Kontrolle der Privatwirtschaft ausführlich Stellung nimmt.

Das Interesse der Gewerkschaftsmittglieder an den Verhandlungen des Kongresses zeigt sich durch die gestellten Anträge. Die vorliegenden Anträge nehmen nicht weniger als acht Seiten in der „Gewerkschaftszeitung“ ein. Wenn auch viele von ihnen demonstrativen Charakter haben und vom Kongress nicht die nötige Unterstützung finden, so wird dadurch doch gezeigt, welche Hoffnungen die Mitglieder der Gewerkschaften auf den Kongress setzen. Wir wollen auf die Anträge in unserem Begrüßungsartikel nicht näher eingehen, weil dazu bei dem Bericht über den Kongress noch Gelegenheit gegeben sein wird.

Der Kongress wird auch festzustellen haben, wie sich die Gewerkschaften im Sturm der Krise zu halten mußten. Die Entwicklung der Gewerkschaftsverbände ist mit der Entfaltung des Wirtschaftslebens eng verbunden. Die gewerkschaftliche Tätigkeit wird naturgemäß stark gehemmt, wenn die Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden und sich massenhaft zu den Arbeitsnachweiser drängen. Aber die Entwicklung der dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1930 gibt das sehr ersichtliche Zeugnis auf 389 Seiten ausführlich Auskunft. Dieses Jahrbuch ist eine Fundgrube von aktuellem Material und sollte von jedem Funktionär fleißig benutzt werden. Wie hat sich nun die Krise auf die Mitgliederbewegung und auf die Finanzentwicklung ausgewirkt? Die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften hatten im Jahre 1930 einen Mitgliederrückgang von 233 068 oder 4,7 Proz. zu verzeichnen. Am Ende des Jahres waren 4 717 369 Mitglieder vorhanden. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 4 821 832, worunter sich 684 978 weibliche befanden. Der Verlust ist hauptsächlich auf den Abgang der Mitglieder mit kurzer Mitgliedschaft zurückzuführen. Er ist nicht sehr erheblich, wenn man die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Stellung der Gewerkschaften als Prellbock zwischen rechts und links in Betracht zieht. Die Mitgliederbewegung war bei den einzelnen Verbänden verschieden. Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7 Proz. den stärksten Mitgliederverlust. Es folgte der Verband der Musiker mit 13,7, der Verband der Freiseure mit 11,2 und der Bekleidungsarbeiter-Verband mit 10,7 Proz. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10 Proz. Unsere Organisation hatte einen Verlust von 4,9 Proz. zu verzeichnen. Aber die Gründe dieses Rückganges dürften

unsere Kolleginnen und Kollegen im Bilde sein. Sie sind vor allem auf die Krise im Buchdruckgewerbe zurückzuführen.

Sehr lehrreich ist die Entwicklung der Finanzen. Die Einnahmen der Gewerkschaften gingen um 19,7 Millionen Mark von 251,1 auf 231,7 Millionen Mark zurück. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied betrug 43,93 M. gegen 47,36 M. im Vorjahr. Während die Einnahmen zurückgingen, sind die Ausgaben um 31,3 Millionen Mark gestiegen. Von den gesamten Ausgaben machten die Unterstützungen mehr als die Hälfte, nämlich 51,2 Proz. aus. Von den Gesamtausgaben an Unterstützungen entfallen 63 Proz. auf die Arbeitslosenunterstützung, 18,5 Proz. auf die Krankenunterstützung, 3,5 Proz. auf die Sterbefallunterstützung, 6,4 Proz. auf die Invalidenunterstützung usw. Von den 36,7 Millionen Mark, die gegen 1929 mehr für Unterstützungen ausgegeben wurden, entfallen allein 32,5 Millionen Mark auf die Arbeitslosenunterstützung. Beachtenswert ist die Ausgabenentwicklung der Invalidenunterstützung, die von 4,3 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 8 Millionen Mark im Jahre 1930 stieg. Diese Zunahme ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß Altersrentenempfänger, die noch in Arbeit standen, infolge Rationalisierung und Wirtschaftskrise abgebaut und gezwungen wurden, die Invalidenunterstützung der Verbände in Anspruch zu nehmen. Der gewaltige Betrag in Höhe von 123,5 Millionen, den die freien Gewerkschaften 1930 für Unterstützungen aufwandten, ist restlos über den Massenkonsum der deutschen Wirtschaft zugeflossen. Viel Not und Elend wurde dadurch gemildert. Die Leistungen zur Linderung der Not, aber auch der Einfluß der freien Gewerkschaften auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens könnten durch den Beitritt der noch fernstehenden Arbeitskollegen noch erheblich gesteigert werden. Deshalb dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Agitation nicht erschlagen. Wie sich die Einnahmen und Ausgaben unserer Organisation entwickelt haben, wurde von uns anlässlich des Bundestages ausführlich dargelegt.

Das Jahrbuch des DGB ist so vielseitig, daß man darüber einen Artikel extra schreiben könnte. Die rund 685 000 organisierten Arbeiterinnen verteilen sich auf 26 Verbände. Sechs Verbände, darunter unsere Organisation, haben mehr weibliche als männliche Mitglieder. In Prozentziffern ausgedrückt betragen die weiblichen Mitglieder bei den Tabakarbeitern 78, bei den Graphischen Hilfsarbeitern 62,9, bei den Buchbindern 62,8, bei den Sutarbeitern 62,6, bei den Textilarbeitern 57,2 und bei den Bekleidungsarbeitern 50,1. Daß diese sechs Verbände mit einem schwierigen Organisationsgebiet zu rechnen haben, dürfte nicht zweifelhaft sein.

Interessant ist auch die Zahl der Angestellten in den Verbänden. Die Gewerkschaften beschäftigten 1930 insgesamt 6575 Angestellte. In dieser Zahl sind auch die Hilfskräfte in den Zentralverwaltungen, den Gauleitungen und den Ortsverwaltungen enthalten. Unser Verband dürfte mit seinen 48 Angestellten einschließlich der Hilfskräfte die verhältnismäßig geringste Zahl der besoldeten Funktionäre besitzen. Darin zeigt sich, daß der größte Teil der laufenden Arbeiten bei uns von ehrenamtlichen Funktionären erledigt wird. Während die Mitgliedschaft unseres Verbandes den 118. Teil der gesamten Mitglieder des DGB ausmacht, bilden unsere Angestellten den 137. Teil der Angestellten der deutschen Gewerkschaften. Es ergibt sich also für unsere Organisation ein gutes Verhältnis bezüglich der Aufwendungen für Verwaltungsstellen.

Die Delegierten des Gewerkschaftskongresses finden eine reiche Arbeit vor. Sie müssen den Rechenschaftsbericht des AOB zur Unterlage nehmen, um von dieser Basis aus den Fortschritt nach neuen Ufern zu richten. Sie sind berufen, die Vorkämpfer der Weiterentwicklung der Gewerkschaften kritisch zu prüfen und an den Entschlüssen mitzuarbeiten. Obwohl die reaktionäre Meute von rechts und unsere Lobworte von links über den Mitgliederrückgang ein Freundengeheul anstimmten, so können die Delegierten dennoch stolz darauf sein, die stärkste Organisationsmacht Deutschlands, ja der ganzen Welt zu vertreten. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung ist in den letzten vierzig Jahren niemals gleichmäßig verlaufen. Eine gewisse Wellenkurve auf und ab ließ sich nicht vermeiden. Aber trotz der widerlichsten Umstände und trotz der heftigsten Angriffe haben wir doch immer wieder ein ununterbrochenes Wachstum der Bewegung und ihres Einflusses feststellen können. In den schwierigsten Zeitperioden zählt die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Und um hierüber zu beraten und zu beschließen, sind die Delegierten des Arbeiterparlamentes in Frankfurt a. M. berufen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie ihre Aufgabe lösen. Eine Kienbaum von Verantwortung haben die Gewerkschaften in der kommenden Zeitperiode zu tragen. Die gesamte Bewegung wird heftig um ihren Bestand kämpfen müssen. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist in einem stürmischen Tempo begriffen. Was noch kommen wird, vermag niemand vorauszuweisen. Aber eins wissen wir bestimmt: der Kienbaum der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird auch den heftigsten Stürmen der Zukunft standhalten können. Eine emsige Arbeit von zahlreichen Personen im Laufe von 10 Jahren wird nicht vergeblich gewesen sein. Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. wird ein nicht unwichtiger Meilenstein in der Geschichte der Gewerkschaften darstellen. Wir begrüßen den Frankfurter Kongress, wünschen ihm ein gutes Gelingen und erhoffen eine gute Wirkung seiner Beschlüsse.

Nebelgasse

Verantwortungslose Anschuld.

Alles, was irgendwie aus Gründen derben Eigenen als Fortbestand der privatkapitalistischen Profitwirtschaft interessiert ist, hat sich in diesen Tagen wieder einmal zu einer gemeinschaftlichen Aktion zusammengefunden: zum Kreuzzug für die feierliche Anschuldigung des Kapitalismus am Elend der heutigen Zeit. Wie ehemals die Scharen der Kreuzfahrer die am Wege stehende Christenheit durch fromme Gebete und Gefänge von dem guten Wesen ihrer Sache zu überzeugen suchten, so schallen heute lärmende Weisen durch die Lande, die von der blütenweißen Anschuld der kapitalistischen Wirtschaftsform und damit auch von der unbesleckten Weite ihrer Träger und Künftiger singen und sagen. Im trauten Chorus, da man sich behren Gesängen huldigt, erkönt besonders lieblich einige Stimmen, die uns seit langem wohlbekannt sind. Obse Farben aus dem gewerblichen Unternehmertum traten kühnlich auf die Bühne ihrer „Zeitschrift“ und schmeterten allhier ihre Beiträge zur Renovierung des arg ramponierten Kapitalismus kraftvoll in die Lüfte. Ein altes Lied freilich, ein garstig Lied, das solchermaßen wieder einmal in den Reagenzbereich unserer Wahrnehmungsorgane getragen wurde, langgezogen eine Melodie, reich an Worten sein Text. Es hatte ein wenig — leider nicht völlige — Ähnlichkeit mit jenem wunderschönen Lied, das mit dem begriffswerten Wunsch schließt: „Ich möcht' am liebsten sterben, dann wär' ich morgen tot.“ Denn auch aus dem Lied unserer alten Bekannten klang die tiefe Sehnsucht nach einem bequemeren, beschaulicheren Zustand, nach dem Zustand behaglicher — wir sagen aber auch feiger — Verantwortungslosigkeit.

Was anders hat es denn zu bedeuten, wenn Vertreter des gewerblichen Unternehmertums in Wort und Schrift erklären, in Deutschland sei der reine, ungefesselte Kapitalismus durch die wirtschaftliche und soziale Betätigung der öffentlichen Hand und der Gewerkschaften beseitigt worden, und folglich treffe den Kapitalismus als Wirtschaftsform auch keinerlei Verantwortung gegenüber dem Ent- und Bestehen der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit? Das ist gewollte Flucht in die absolute Verantwortungslosigkeit, damit will sich eine Klasse herausreden, der vor der Unverantwortlichkeit ihrer Schuld selbst zu grauen beginnt. Hat man sich in den anderen kapitalistischen Ländern, um von den wichtigsten Industrieländern nur die Vereinigten Staaten, Japan, Polen und die skandinavischen Staaten zu nennen, die unüberschaubare Heere der Arbeitslosigkeit nur deshalb zugelegt, um daselbe „Rappeln“ zu haben, wie die fälschlicherweise als „nichtkapitalistisch“ bezeichneten Länder Deutschland und England? Demnach scheint ja alles, was an den Hochschulen der Welt als ABC der Wirtschaftswissenschaft über die periodisch wiederkehrenden Krisen im kapitalistischen Wirtschaftssystem gelehrt wird, dummes Zeug zu sein. Und aus

welchem Grunde sollten die Entschuldigungspropheten auch wohl wissen, daß die Industrialisierung ehemals agrarwirtschaftlicher Länder auf Dauer und Umfang der kapitalistischen Wirtschaftskrise namentlich in den exportindustriellen Ländern Deutschland und England maßgeblichen Einfluß ausübt. Weshalb sollten sie schließlich auch zugeben, daß die staatliche Arbeitslosenfürsorge ja nur geschaffen wurde, weil bereits unzählige Arbeitslose vorhanden waren, weshalb eingestehen, daß die öffentliche Hand in erster Linie nur deshalb so steuerwichtig sein muß, weil man Millionen Wofsfabrikpflanzlinge „leider“ nicht einfach verhungern lassen kann, weshalb anerkennen, daß diese Belastungen nur Auswirkungen, nicht Ursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrise sind.

Deubel nochmal, die Herzen können sich ja noch dümmern, als sie es bereits sind. Da wir aber eine etwas höhere Meinung von ihrer Intelligenz haben, als es ihnen vielleicht wünschenswert erscheint, vermuten wir sehr mit Recht, daß diese bereits anföchtige Pöbelsage mit der verantwortungslosen Anschuld ihren Ursprung in der unerträglich Schwere der heute schon zu tragenden Verantwortung hat. Kann man es aber der Arbeiterschaft verübeln, wenn sie angesichts der furchtbaren Not, die dieses Wirtschaftssystem täglich neu zugeht, unter diesen Umständen bereit ist, die herrschende Klasse, die dieses System um ihrer besonderen Vorteile willen verteidigt, aus der Verantwortung zu entlassen? Mitnichten! An dieser grundsätzlichen Haltung werden einseitige Anschulds- und Unverantwortlichkeitsbetuerungen wirkungslos abprallen.

Kriegschieber-Gelüste?

Mit deutschen Bürgern über den Sinn deutscher Außenpolitik zu reden, war niemals eine sonderlich dankbare Aufgabe; sie degradieren die besten Ideale zu geschäftlichen Angelegenheiten. Inbes war ein Herr Ehardt in der „Zeitschrift“ eine Frage auf, die ihrer ganzen Art nach nur an die Arbeiterschaft des Gewerbes gerichtet sein konnte und auf die hier klar und deutlich geantwortet werden soll. So lautete die Frage: „Ist es nicht endlich an der Zeit, die Kampffront gegen die d r a u s e n , und den Kampf im Innern einzustellen?“ Wir kam, als ich diese Zeilen las, ein kleines Erlebnis aus der Knabenzeit in Erinnerung. Zum sechsten Geburtstag schenkte mir meine Mutter eine schöne, große Tafel Schokolade; mein etwas älterer Bruder bekam „für's Herzblut“ eine kleinere. Nachmittags spielten wir „friedlich in-der-Rüche, als mein Bruder plötzlich vom Fenster her ganz aufgeregterief: „Ein Adler! Ein Adler!“ Ich ahnungslos Engel fall' auf den Schwindel 'rein, um nach vergeblicher Ausschau eben noch zu sehen, wie mein lieber Bruder mit der schönen, großen Tafel Schokolade zur Tür hinausflüht. Die väterlichen Prügel, die ihm zur besseren Verdauung kostenlos nachgereicht wurden, waren mein einziger, unzulänglicher Trost.

So ungefähr stellen wir uns den Zustand vor, der mit dem wohlgemeinten Vorschlag des Fragestellers beabsichtigt ist: die Gewerkschaften, von dem Ehrgeiz erfüllt, Fikalen des Auswärtigen Amtes zu sein, nehmen zukünftig nur noch zu außenpolitischen Fragen Stellung — zu ihrem Ressort gehören in Zukunft nur noch Reparations-, Grenz- und Wehrfragen —, in Fragen der Sozialpolitik mögen die Unternehmer den Kriegsschiebern üblen Angebensens gleichwertig schalten und walten, wie es ihrem Geldbeutel am besten frömt. Wir sind „unpatriotisch“ genug, uns für diesen Bealzustand der Geschäftspatrioten zu bedanken. Die Gewerkschaften werden wie bisher die ihnen verfügbaren Kräfte einzusetzen wissen, um Deutschland von allen ungerechtfertigten Lasten zu befreien und seine wöllige Gleichberechtigung mit anderen Staaten zu verwirklichen. Für das Bedürfnis, die Arbeiterschaft im Innern ungehemmter Ausbeutung auszuliefern, fehlt ihnen indes jedes Organ.

Heiliger Diogenes

Das hätte sich dieser alle griechische Philosoph, als er noch quicklebendig, das Bäcklein mit dürftigen Speiserechten kimmerlich gefüllt, die mageren Lenden mit einem Leinwand schamhaft bedeckt, in seiner bauwürdigen Regentonne vor sich hindröste, sicherlich am wenigsten träumen lassen, daß ihm nach 2000 Jahren aus den Kreisen der deutschen Buchdruckerelbisher die eifrigsten Propagandisten seiner Armutsideale erstehen würden. Übrigens soll unser ehrwürdiger Freund gar nicht so dumm gewesen sein, wie es nach der Schilderung seiner Lebensweise scheinen könnte, und so ist ihm schon zuzutrauen, daß er sich bei Lebzeiten für diese Art von Agenten seiner Lehre nachdrücklich bedankt haben würde. Es nimmt sich aber auch zu pudig aus, wenn dieselben Deutschen, denen eine „angemessene“ Rentabilität über alles geht, die ein fettlichiges Pantguthaben, gutes Essen, Trinken, Kleiden und Wohnen immer noch sehr zu schätzen wissen, sich der Arbeiterschaft gegenüber als Apokalypse entschungsreicherer Armut aufspielen. Wir haben ja niemals daran gewweifelt, daß das gewerbliche Unternehmertum trotz des Verzichtes auf die Kündigung

des Lohnabkommens an dem Gedanken einer weiteren Lohnsenkung gäh und verbissen festgehalten hat. Alle Reden und Ansätze gewerblicher Unternehmervertreter, die in letzter Zeit gefartet sind, beweisen ja auch, wie unerlaubt solche Zweifel gewesen wären. Denn sie alle verdrängen sich zu einem einzigen, miltönenden Schrei, zum Schrei nach einem weiteren, spürbaren Abbau der Löhne. Die humoristische Seite der Angelegenheit beginnt freilich erst dort, wo man einen berühmten Schlagler zu variieren sucht, den unseres Wissens der verstorbene Großverdiener Stinnes früher einmal zur allgemeinen Volksbelustigung kostenlos geliefert hat, und der dann eine Zeitlang auf allen Drehorgeln des Kapitalismus gespielt wurde, bis kein Mensch ihn mehr hören wollte: „Wir sind ja alle Arbeiter!“ Heute hat man den Text etwas verändert, der Refrain aber blieb derselbe. Heute singt man: Deutschland ist arm geworden; wir müssen uns alle einschränken, auch die Arbeiter! Und damit möchten unsere Freunde von der anderen Seite wieder jenen Zustand azurbauer Harmoniebuseli herbeizaubern, unter dem die tägliche Speisekarte der Kollegenschaft nur die Wahl läßt zwischen Pellkartoffeln mit Ferting oder Ferting mit Pellkartoffeln, wohingegen auf der anderen Seite die tägliche Speisekarte mit Nachträgen versehen werden muß. Solche Ideale predigt die herrschende Klasse einer Gesellschaft, die im Überfluß ihres Güterreichtums ersticken könnte, wendete sie die Methoden der Güterverteilung an, die ihren ungeheuren Produktionsmöglichkeiten entsprechen. „Zurück zu Diogenes!“, darin offenbar sich das Verlangen dieses Systems gegenüber den berechtigten Lebensansprüchen der arbeitenden Klasse.

Der Daseinskampf einer Verbandskollegin in Männerkleidung

Der Vorhänge unserer Mainer Zählstelle, Kollege Adam Müller, sendet uns die folgenden Zeilen, die wir um so lieber veröffentlichen, weil sie nicht nur in erschlatternder Weise das Schicksal einer Proletarierin zeigen, sondern beweisen, weshalb ein Mut und Heroismus von einer Arbeiterin aufgebracht werden kann.

In unglücklichen Debatten in unserem Gewerkschafts- und Parteileben wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte über die Stellung der Frau im Erwerbs- und Bekleidungskampf der organisierten Arbeiterschaft diskutiert und oft beredigt, öfter aber unberechtigter Kritik geübt. Fast auf jedem unserer Verbandstage, auch auf dem letzten in Stuttgart, haben sich mehrere Kolleginnen wegen angeblicher Vernachlässigung ihrer Interessen durch ihre männlichen Kollegen in leidenschaftlichen Ausführungen beschwert. Es mußte ihnen die einzig richtige Antwort gegeben werden: „Ihr seid doch in der Mehrheit. Beteiligt euch in demselben Maße an öffentlichen Verbandstagen wie eure männlichen Kollegen, und ihr werdet immer mitande sein, euch Beachtung und Geltung zu verschaffen.“ Eine Mainer Kollegin legte sich über solche Zwitterigkeiten mit einem heroischen Entschluß hinweg. Sie führte den Lebenskampf seit 13 Jahren in Männerkleidung und wurde im Jahre 1925 unter der Nummer 563 als Joseph C. Mitglied unseres Verbandes. Fleißig und gewissenhaft in ihrer schweren Berufsarbeit (sie war Hilfsarbeiterin in der Webdruckerei der Erbsfabrik), war und blieb sie treues Mitglied ihrer Berufsorganisation. Sie war an einem Streik und einer mehrwöchigen Ausperrung beteiligt und erregte durch ihr mühseliges, solbarriges Verhalten allgemeine Bewunderung. Ihr zurückliegendes Leben, das selbst den gewagtesten Roman übertrifft, hat folgende Geschichte. Zwei Arbeiterfrauen, die ohne eigene Schuld getrennt von ihren Männern lebten, erwarben sich während des Krieges in einer badischen Munitionsfabrik ihren Lebensunterhalt und wurden nach dem Kriege arbeitslos. Sie gingen zusammen außer Landes auf die Arbeitsuche, kamen nach Mainz, aber auch da war für die Frauen keine Arbeitsgelegenheit. Da sah sie die eine hüthen Entscheidung, in Männerkleidung auch Männerarbeit zu übernehmen. Es war 1919. Im Automobilpark der französischen Besatzungstruppen bekam unser „Joseph“ dank den Ausweispapieren ihres früheren Mannes ihre erste Männerarbeit. Später trat sie als Erdarbeiterin in die Mainer Bauhütte ein. Dort wegen Arbeitsmangel entlassen, tat sie eine Zeitlang Wästerdienste bei der Mainer Wagh- und Schliefgefellschaft, bis sie eine Stelle fand in den Erbdalwerken, wo sie sieben Jahre beschäftigt war. Sie war zuerst am Trockenofen und dann an der Latiermaschine beschäftigt. Jeder Arbeitergebot lobte ihre wertvolle Arbeitskraft. Vor 3 Monaten verunglückte sie an der Maschine und verlor einen Finger. Sie kam einige Wochen in das St. Vinzenz-Krankenhaus, und es gelang ihr auch dort, das Krankenpersonal und den sie behandelnden Arzt zu täuschen. Jetzt wurde eine Invalidenkarte, die zweimal auf denselben Namen lautete, an ihr zum Verräter. In einer darauffolgenden Untersuchung legte unser weiblicher Kollege ein Geständnis ab. Sie bereut nicht. Der Wille

zur Arbeit hat sie zu diesem Abenteuer getrieben. Sie gesteht offen ein, daß sie gar zu gerne so weitergelebt hätte, denn sie habe sich sehr wohl gefühlt.

Doch mit dieser gut gespielten Rolle ist der Roman dieser Frau noch nicht zu Ende. Die tapfere Kollegin, die mit ihrer Freundin in Mainz sich eine Wohnung mietete, gab eben diese Freundin als „seine“ Ehefrau aus, und sie führten als friedliches Ehepaar ihren gemeinsamen Haushalt. Selbst als der Freundin zwei Kinder geboren wurden, war unser „Joseph“ auf dem Posten. Das Mainzer Ständesamt fand es geradezu natürlich, daß sich der Pseudohemmann als Vater der Kinder eintragen ließ. Der wirkliche Vater bleibt unbekannt. Jetzt ist dieser Roman vorläufig zu Ende. Die Behörde wird noch eine Zeitlang zu tun haben, bis sie den eigentlichen Knoten entwirrt hat. Es mag jetzt sein wie es will. Frau E. alias Kollege Joseph E. hat mit einer seltenen Willenskraft und konsequentester Selbstverleugnung sich ihren eigenen Lebensweg geschaffen. Sie hat sich das Recht auf Arbeit und Brot nach ihrer Art errungen für sich, für ihre Leidensgenossin und deren Kinder. Möge sie vielleicht auch gegen irgendeinen Geseßesparagrafen verstoßen haben, in unseren Augen war ihre mutige Tat ohne Mafel. Wir ehren sie und schätzen sie als wackere Kollegin.

Alle Gewinne den Versicherten

Generalversammlung der Volksfürsorge

Die Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften als Aktionäre der Volksfürsorge waren inselngang dem Rufe des Vorstandes des gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens gefolgt und hatten ihre Delegierten zur Generalversammlung entsandt, um den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates entgegenzunehmen und durch Beschlüsse erneut die gemeinnützige Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft unter Beweis zu stellen. Der Vorstand der Volksfürsorge konnte berichten, daß vom Gesichtspunkt der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesehen, das vorjährige Geschäftsergebnis nicht nur als befriedigend, sondern als durchaus günstig bezeichnet werden kann. Es ist selbstverständlich, daß bei der großen Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer, selbst wenn sie das Bedürfnis nach einer Lebensversicherung haben, den Abschluß nicht durchführen können, weil es an den notwendigen Einkünften mangelt. Wenn es unter diesen Umständen doch gelang, 416 000 neue Versicherungsnehmer abzuschließen, ist dies ein Beweis des großen Vertrauens, das die Volksfürsorge in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung genießt. Der Versicherungsbestand am Ende des Vorjahres belief sich nach den Angaben im Vorstandsbericht auf 2 186 687 Versicherungs-politen mit 880 793 456 RM. Versicherungs-summe.

Vom Vorstand konnte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auch unter dem jetzigen Krisenzustand nicht gelitten hat und in dieser Richtung liegende Zweifel vollkommen grundlos sind. So recht bekräftigt werden die letzten Ausführungen auch durch die weiteren Zahlen im Geschäftsbericht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen beliefen sich 1930 auf 59 343 863,39 RM. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen erreichten 3 515 032,45 RM. Die Gewinne und Verlustrechnung schließt mit einem Überschuß von 13 089 993,44 RM. Auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Überschusses wie folgt vorgenommen (abgerundete Zahlen):

1. Für die mit Gewinnanteilen Versicherten 11,48 Millionen RM.
2. Für den geschlichen und die übrigen Reservefonds 1,40 Millionen RM.
3. Für Verzinsung des Aktienkapitals 0,05 Millionen RM.
4. Vortrag auf neue Rechnung 0,15 Millionen RM.

Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Versicherten in der Volksabteilung 30 Prozent, Lebensabteilung 35 Prozent

der Jahresprämie als Gewinnanteile gutzuschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Versicherten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der

Volksabteilung um 10 auf 20 Prozent, Lebensabteilung um 5 auf 25 Prozent. zugestanden. Die Bilanz schließt in ihren Endzahlen auf der Aktiv- und Passivseite je mit 1 40 108 812,79 Reichsmark.

Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und die weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften

und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Volksfürsorge ihre Leistungsfähigkeit noch bedeutend steigern kann, wenn alle Gewerkschaftsmitglieder daran denken, daß sie Versicherungen für sich und ihre Familienangehörigen nur bei ihr abschließen. Setzt sich diese Erkenntnis in diesem Jahr durch, wird es auch trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse möglich sein, für 1931 ein günstiges Geschäftsergebnis zu erzielen.

Nach zweijähriger Bauzeit nahm am 1. Juni die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgebäude in Hamburg in vollem Umfange in Betrieb. Das achtgeschossige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen imposanten Eindruck. Es ist als Eisenblechbau konstruiert. Das Äußere zeigt eine schlichte Architektur. Die Wände sind mit dünnen, schwäbischen Kalkplatten verkleidet. Zur Belebung der Fassade bestehen einzelne Umrahmungen aus grünem Porphyrt. Die Herstellung erfolgte in zwei Abschnitten und war eine willkommene Unterstützung des darniederliegenden Baugewerbes.

Die innere Einrichtung ist schlicht, aber zweckmäßig. Erfreulich sind insbesondere die großen hellen Büroräume, beiderseitig mit großen Fensterbändern versehen. Schmuckstücke des Hauses sind die beiden mit Zitronenholz verkleideten Sitzungsräume. Große luftige Umkleieräume für das Personal und helle Kantinenräume, ausgestattet mit den modernsten Hilfsmitteln, sind ebenfalls vorhanden.

Bei allen neuen Bauten der Arbeiterschaft haben wir beobachten können, daß die Zweckmäßigkeit immer im Vordergrund gestanden hat. So ist es auch beim Bau der Volksfürsorge. Jeder Winkel des Hauses und jeder geschichtete Stein ist zweckbestimmt. Vielleicht gelingt es gerade dadurch den Arbeiterorganisationen immer wieder, auch einen architektonisch eindrucksvollen und wichtig wirkenden Bau zu erstellen.

Die Volksfürsorge begann bei der Gründung mit der Abwicklung der geschäftlichen Tätigkeit in zwei kleinen Räumen. Mit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und mit dem ungeheuren Aufstieg des Unternehmens wuchsen auch die nötigen Räume, und so entstand jetzt das Haus in Hamburg, in dem die Betreuung der 2,2 Millionen Versicherten erfolgt.

Die Volksfürsorge hat von besonderer Einweihungsfeierlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.

Wer kann die verlängerte Krisenunterstützung beziehen?

Achtung! Ein neuer Erlass des Reichsarbeitsministers

Der Erlass über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung vom 11. Oktober 1930, der mit dem 3. November 1930 in Kraft trat, bestimmt in den Übergangsbestimmungen, daß Arbeitslose mit kurzer Anwartschaft, die bei Inkrafttreten des Erlasses Krisenunterstützung beziehen, längstens bis zum 28. März 1931 in der Krisenunterstützung verbleiben.

Unter kurzer Anwartschaft versteht man, wenn man auf Grund einer 13wöchigen Beschäftigung Krisenunterstützung beziehen konnte. Heute ist allerdings eine 26wöchige Beschäftigung die Voraussetzung.

Auf Vorstellungen des ADGB, hin hat der Reichsarbeitsminister einen Erlass vom 13. Juni 1931 herausgegeben, der folgendes bestimmt:

„Ich habe keine Bedenken, daß für Arbeitslose, die bei Inkrafttreten des Erlasses über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung vom 11. Oktober 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben und die ihren Anspruch auf die Krisenunterstützung sowohl auf ihre Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung wie auch auf Erreichung einer kurzen Anwartschaft stützen konnten, der Tatbestand aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, und nicht der der kurzen Anwartschaft als maßgeblich angesehen wird. Solche Arbeitslose können daher auf Grund ihres Anspruchs infolge der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung über den 28. März 1931 hinaus bis zum Ablauf der Unterstützungsdauer von 32 und 45 Wochen, jedoch selbstverständlich insgesamt nicht über diese Dauer hinaus, Krisenunterstützung beziehen.“

Zum Verständnis dieses Erlasses sei bemerkt, daß sich bei den Arbeitsämtern der Zustand herausgebildet hatte, daß demjenigen, der Anspruch auf die Krisenunterstützung sowohl auf Grund der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung wie auch auf Grund der Erreichung der kurzen Anwartschaft hatte, die Unterstützung auf Grund der kurzen Anwartschaft gewährt wurde.

Demzufolge trat auf diese Krisenunterstützungsbezieher die Übergangsbestimmung des Erlasses vom 11. Oktober 1930 zu, daß sie spätestens mit dem 28. März 1931 aus der Krisenunterstützung auszufcheiden haben.

Wann liegt z. B. der beiderseitige Anspruch vor? Beispiel:

Ein Arbeitsloser, der 20 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezog, erhielt auf 14 Wochen Arbeit. Nach Ablauf seiner Beschäftigung hatte er noch Anspruch auf 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung, da insgesamt 26 Wochen in Frage kommen. Dieser Arbeitslose hatte nun Anspruch auf die Krisenunterstützung auf Grund der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung und auf Grund der kurzen Anwartschaft, denn er verfügte über 13 Wochen Beschäftigung.

Nach dem Erlass des Reichsarbeitsministers können diejenigen Krisenunterstützungsempfänger, die ihren Anspruch auf diese zweierlei Art begründen können, auch über den 28. März 1931 hinaus Krisenunterstützung bis zum Ablauf der Unterstützungsdauer von 32 und 45 Wochen beziehen.

Für diejenigen, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, beträgt die Höchstdauer 32 Wochen, und für die, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann die Höchstdauer bis auf 45 Wochen verlängert werden.

Wenn z. B. der Arbeitslose mit dem 27. Oktober 1930 Krisenunterstützung bezog und der Bezug am 28. März 1931 infolge der Übergangsvorschriften abgelaufen ist, so kann er nun noch, auf Grund des Erlasses des Reichsarbeitsministers, 11 Wochen Krisenunterstützung beziehen, da er von 32 Wochen erst 21 Wochen verbraucht hat.

Wie gesagt, die Verlängerung der Krisenunterstützung über den 28. März 1931 trifft auf alle diejenigen Krisenunterstützungsempfänger zu, die vor dem 3. November 1930 Unterstützung bezogen, und die nicht nur auf Grund der kurzen Anwartschaft, sondern auch auf Grund der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung gewährt werden konnte.

Die benachteiligten Krisenunterstützungsempfänger können jetzt für den Rest der verlängerten Bezugszeit erneut Antrag auf Krisenunterstützung stellen. Demotritus.

Das Größte, Kleinste, Schnellste usw.

Interessante und merkwürdige Tatsachen

Deutschlands höchste Zahnradbahn ist die Bahn auf den Wendelsstein bis 1724 Meter Höhe.

Die schnellste Bergbahn Deutschlands ist die Seilbahn, die in Stuttgart zum Waldriedhof führt.

Die Schwebebahn im Wuppertal, die die Stadtteile Elberfeld und Barmen der Stadt Wuppertal miteinander verbindet, ist die einzige dieser Art in der ganzen Welt!

Der modernste deutsche Untergrundbahnhof — gleichzeitig der modernste der ganzen Welt! — ist der Bahnhof Alexanderplatz in Berlin.

Der längste deutsche Tunnel ist der Kaiser-Wilhelm-Tunnel der Arolsenbahn.

Deutschlands größter Hafen ist der Hamburger Freihafen, den jährlich über 8700 Schiffe verlassen. Das ist eins in jeder Stunde!

Der größte Binnenhafen der Welt ist der Hafen in Duisburg-Ruhrort an der Mündung des Dortmund-Rhein-Kanals in den Rhein.

Deutschlands größte Schleuse geht jetzt ihrer Vollendung entgegen. Es ist die Schleuse in Bremerhaven, deren Schleusenammern 372 Meter lang sind.

Das größte Trockenbodenschiff Deutschlands wurde für die Bremen und die „Europa“ in Bremerhaven geschaffen. Es ist 335 Meter lang und damit das zweitgrößte Europas.

Die einzigen Schiffe, die auf dem Lande fahren, gibt es in Dürrenstein. Dort sind im Bann des Oberländischen Kanals zwischen Elbing und Osterode so große Höhenunterschiede zu überwinden, daß Schleusenbetriebe nicht genügen. Die Schiffe werden deshalb streckenweise in Eisenstellungen auf Schienen befördert.

Das höchste deutsche Gebäude und gleichzeitig der höchste Punkt der Welt ist der Hauptturm der Funkstation Nauen mit 268 Meter.

Der höchste Kirchturm der Welt ist der des Ulmer Münsters (161 Meter).

Der höchste europäische Schornstein ist der des Leipziger Fernheizwerkes, der mit 156 Meter die Höhe des Kölner Doms erreicht.

Das größte deutsche Bauwerk ist das Heidelberger Schloß, das eine Fläche von 60 000 Quadratmeter befaßt.

Die größte Kuppel der Welt ist die der Fresenauer Jahrhunderthalle, deren Eisenbetonwölbung 66 Meter freie Spannweite hat.

Der größte europäische Milchhof wurde 1930 in Nürnberg in Betrieb genommen. Er gehört der Bayerischen Milchverorgungs-gesellschaft.

Die modernste Badeanstalt Europas wurde im gleichen Jahre in Berlin in Betrieb genommen, das Stadtbad Mitte in der Gartenstraße.

Das erste deutsche Krematorium ist das in Gotha; dort fanden bereits 1878 die ersten Einäscherungen statt.

Der größte Speicher des europäischen Festlandes ist ein Silo in Königsberg. Er ist über 40 Meter hoch und faßt 60 000 Tonnen.

Den größten Stadtpark der Welt besitzt Hannover, die Eilenriede mit 665 Hektar. Hansotto Böggow.

Schmus

Wieviel Schmus reden die Nationalsozialisten alle Tage! Dabei ist „Schmus“ ein hebräisches Wort. Es stammt aus der Sprache des Volkes, das der Nationalsozialismus so verachtet. Schmusos bedeutet das Gehörte.

So wenig das israelitische Wort also auch zum Nationalsozialismus paßt, so sehr ist der Begriff Schmus echt nationalsozialistisch. Denn was er auch bringt, es ist nur Gehörtes. Vom Führer, dem Diktator Gehörtes und Aufgenommenes. Gar nichts Neues und Eigenes, nichts Erlebtes, nichts aus der Waffe heraus Gewordenes, nichts, das aus der Wirklichkeit heraus geworden ist, aus der Not, aus dem Gegensatz der Klassen.

